

Übersicht: Krankenstand & Entgeltfortzahlung

(Rechtslage ab dem 1.7.2018)

	ANGESTELLTE (§§ 8, 9 AngG)	ARBEITER (§§ 2 ff EFZG)
Voraussetzungen	1. Arbeitsunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen 2. Kein Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit 3. Unverzügliche Meldung der Dienstverhinderung beim Arbeitgeber 4. Nachweis nur auf Verlangen im Einzelfall Punkt 3+4 → Für die Dauer der Säumnis kein Anspruch auf Entgeltfortzahlung!	
Anspruchsdauer		
Bis zu 1. Dienstjahr	6 Wochen voll (100%)+ 4 Wochen halb (50%) → Maximalanspruch: 10 Wochen (70 Kalendertage)	
2. bis 15. Dienstjahr	8 Wochen voll (100%) + 4 Wochen halb (50%) → Maximalanspruch: 12 Wochen (84 Kalendertage)	
16. bis 25. Dienstjahr	10 Wochen voll (100%) + 4 Wochen halb (50%) → Maximalanspruch: 14 Wochen (98 Kalendertage)	
Ab dem 26. Dienstjahr	12 Wochen voll (100%) + 4 Wochen halb (50%) → Maximalanspruch: 16 Wochen (112 Kalendertage)	
Wiedererkrankung	= Erkrankung im selben Arbeitsjahr (= individueller Eintrittstag des Arbeitnehmers – Umstellung auf das Kalenderjahr mittels Kollektivvertrag oder Betriebsvereinbarung möglich!)	
Anspruch:	Verbrauch des noch offenen Restanspruchs. Neuer Anspruch entsteht mit Beginn des nächsten Arbeitsjahres (auch für den gleichen Krankenstand!)	
Arbeitsunfall/ Berufskrankheit (§§ 175 ff ASVG)	Pro Anlassfall zusätzlich 8 Wochen voll (100%). Nach 15 Dienstjahren erhöht sich der Anspruch auf 10 Wochen (100%) pro Anlassfall.	

Anspruch auf KRANKENGELD:

Arbeitnehmer haben neben dem Anspruch gegenüber ihrem Arbeitgeber auch Anspruch auf sozialversicherungsrechtliche Geld- und Sachleistungen, insbesondere auf **Krankengeld (§§ 138 ff ASVG)** und Krankenbehandlung. Der Geldanspruch beginnt am 4. Tag einer Arbeitsunfähigkeit, wird aber erst schlagend, wenn der Arbeitnehmer keinen Anspruch mehr auf die volle Entgeltfortzahlung gegenüber dem Arbeitgeber hat. Beispiel: Ein Arbeitnehmer im dritten Dienstjahr hat ab inklusive der siebenten Woche seines Krankenstands nur noch Anspruch auf 50% seines regelmäßigen Entgelts gegenüber dem Arbeitgeber. Um diesen Einkommensausfall zu kompensieren hat er ab diesem Zeitpunkt Anspruch auf Krankengeld gegenüber dem zuständigen Sozialversicherungsträger.